Zeichen setzen SPD

Sozialdemokratische Fraktion
im Rat der Stadt Osnabrück
Rathaus, Bierstraße 28, Zimmer 1
49074 Osnabrück
Tel.: 0541 3234448
Fax: 0541 27009
spd-ratsfraktion@osnabrueck.de
www.spd-ratsfraktion-os.de
www.facebook.com/spdratsfraktionosnabrueck

SPD-Fraktion Stadt Osnabrück, Rathaus, 49074 Osnabrück

Herrn
Manfred Flore
Kooperationsstelle Hochschulen und
Gewerkschaften Osnabrück
August-Bebel-Platz 1
49074 Osnabrück

Ihr Zeichen / Datum

Osnabrück / Datum
23.03.2018

Osnabrücker Sozialkonferenz

Sehr geehrter Herr Flore,

mit Schreiben vom 24.11.2017 haben Sie uns die Ergebnisse der 31. Osnabrücker Sozialkonferenz übermittelt und um Stellungnahme seitens der SPD Fraktion gebeten. Vielen Dank dafür. Leider war es mir erst heute möglich, Ihr Schreiben zu beantworten und die gewünschte Stellungnahme zu formulieren. Die Gründe für die verspätete Beantwortung lagen zum einen in meiner Arbeitsbelastung als Abgeordneter des Nieders. Landtags und der Tätigkeit als SPD Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Osnabrück, in der Fülle der parallel wahrzunehmenden Termine und in internen Abstimmungsprozessen innerhalb unserer Fraktion.

So habe ich diese Stellungnahme zunächst mit unseren Fachausschussmitgliedern Kerstin Lampert-Hodgson (Jugendhilfeausschuss), Andreas Reinisch-Klaß (Sozialausschuss) und Agnes Kunze-Beermann (Sozialausschuss und Beirat für Migration) abgestimmt, was erfahrungsgemäß zusätzliche Zeit in Anspruch nimmt. Ich bitte die verspätete Beantwortung Ihres Schreibens vom 24.11.2017 daher zu entschuldigen.

Die SPD Fraktion begrüßt Ihre Intention, die Themen Armut und Armutsbekämpfung stärker in den Fokus der öffentlichen Betrachtung zu rücken. Wir als SPD Fraktion sehen uns den strategischen Zielen der Stadt Osnabrück für eine soziale Stadtentwicklung verpflichtet, so sind - unabhängig von Ihrer Herkunft und ihrem sozialen Status - alle Menschen in Osnabrück willkommen. Dies schließt Menschen mit Migrationshintergrund ein, die rund ein Drittel der Osnabrücker Bevölkerung ausmachen.

Die SPD steht für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit:

Mit Hilfe der SPD geführten Landesregierung haben wir die Studiengebühren abgeschafft und damit einen entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung von Chancengleichheit im Bildungswesen geleistet. Aufgrund der Abschaffung der Studiengebühren steigt die Zahl

Bildungswesen geleistet. Aufgrund der Abschaffung der Studiengebühren steigt die Zahl der Studienanfänger nachweislich wieder an. Auch und gerade aus dem Bereich der „bildungsferneren Schichten". Abiturienten aus „Arbeiterfamilien" und Familien mit Migrationshintergrund nehmen verstärkt ein Hochschulstudium auf, weil die finanziellen Belastungen durch Wegfall der Studiengebühren geringer geworden sind. Ein Erfolg sozialdemokratischer Bildungspolitik!

Zusätzlich investiert die SPD-geführte Landesregierung seit 2013 (mehr Budget und Lehrerstunden), aber auch die Stadt Osnabrück (Investitionen in Sachmittel und Schulgebäude), massiv in die Bereiche Schule (Ganztagsausbau) und in die Schaffung von mehr Lehrkräften und Sozialarbeitern. Das Land hat im Zeitraum von 2014 bis 2017 unter SPD Verantwortung rd. 260 Mio. Euro zusätzlich in den Ausbau von Ganztagsschulen investiert, im Wesentlichen durch zusätzliche Lehrerstunden. Die Stadt Osnabrück hat 2017 hierzu 4,22 Mio. € bereitgestellt.

Hinzu kommt die Finanzierung der Drittkraft in den Krippen. Die Kita-Gebühren fallen ab August 2018 komplett weg. Schon früh haben wir auch bei der Finanzierung bei Geschwisterkindern Hilfen geschaffen. Hier leisten wir einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördern die Entscheidung für Kinder.

Für uns als SPD Fraktion spielen die Förderung und der Erhalt frühkindlicher Bildung eine zentrale Rolle. Hier hat sich die Stadt Osnabrück die bedarfsorientierte Verbesserung zum Ziel gesetzt. Dies schließt auch eine bedarfsorientierte und pädagogisch anspruchsvolle Ganztagsbetreuung sowie die Stärkung außerschulischer Jugendbildung ein. Wir sehen hier Möglichkeiten gegen die mit Kinderarmut verbundene Bildungsarmut vorzugehen.

Die SPD hat sich dafür eingesetzt, Betreuungsplätze für die unter 3-Jährigen schrittweise bedarfsgerecht auszubauen. Flexible Kinderbetreuung durch Anpassung der Öffnungszeiten an die Arbeitszeiten der Eltern soll ein Leben für Familien mit Kindern in Osnabrück deutlich attraktiver machen. Für Kindergarten- und Grundschuldkinder wird ein bedarfsdeckendes Ferienbetreuungsangebot vorgehalten und ein Spielplatzkonzept vorgelegt und umgesetzt.

Der Bericht zur sozialen Ungleichheit in Osnabrück, der insbesondere die Situation armer Kinder in Osnabrück transparent machen soll, muss fortgeschrieben werden. Die Sicherung und Erweiterung der Angebote des Osnabrück-Passes unter Berücksichtigung von Empfehlungen des Netzwerkes „Allen Kindern eine Zukunft geben" bzw. des Beirates „Runder Tisch Kinderarmut" erfolgt auch in Zukunft. Ein kostengünstiges Sozialticket für alle OS-Pass-Inhaber ist eingeführt. Kinder und Jugendliche von Osnabrück-Pass Inhabern erhalten den Ferienpass kostenlos.

Mit den Fördermitteln aus dem Bundesprogramm „Jugend Stärken im Quartier" konnte ein weiteres Angebot zur sozialen und beruflichen Integration geschaffen werden. Die SPD wird sich auch in Zukunft für eine Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit in Osnabrück einsetzen. Für uns als SPD sind Stadtteiltreffs und Jugend- und Gemeinschaftszentren mit Ihren Angeboten ein wichtiger Pfeiler zur gesellschaftlichen Teilhabe von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der bezahlbare Wohnraum! Diesem Thema müssen wir mehr Aufmerksamkeit schenken und auch die Öffentlichkeit mehr involvieren und informieren. Es sollen 3000 neue Wohnungen für unterschiedliche Bedarfsgruppen mit einer Quote für sozialen Wohnungsbau in der Stadt gebaut werden. Da für uns Wohnen, besonders für Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen bezahlbar sein muss, werden wir darauf achten, dass die gesetzte Quote nicht unterschritten wird.

Der Verkauf der Osnabrücker Wohnungsbaugesellschaft im Jahr 2004, von der damaligen CDU/FDP Ratsmehrheit gegen die Stimmen der SPD Fraktion durchgesetzt, war ein schwerwiegender Fehler, da damit aktive Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten der Wohnraumentwicklung in der Stadt aus der Hand gegeben wurden. Daher hat die SPD mit Grünen und Linken in der letzten Ratsperiode beschlossen, die Wiedereinrichtung einer genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaft zu betreiben.

Dieser Ratsbeschluss ist leider durch eine Ratsmehrheit aus CDU/FDP/BOB/UWG/Piraten und Oberbürgermeister Wolfgang Griesert gegen die Stimmen von SPD, Linken und Grünen in der aktuellen Ratsperiode wieder aufgehoben worden. Im Interesse der Menschen, die dringend bezahlbaren Wohnraum benötigen, arbeitet die SPD Fraktion daran, diese Fehlentscheidung schnellstmöglich zu korrigieren.
Als Kommune haben wir nur wenig Einfluss auf den Arbeitsmarkt mit seinen befristeten Verträgen, Leiharbeit, Mindestlohn und dessen Unterschreitung. Die hier zur Verfügung stehenden Mittel müssen jedoch zur Verbesserung der einzelnen Situationen ausgeschöpft werden, zum Beispiel bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch die Stadt Osnabrück.

So hat die SPD Ratsfraktion bspw. im Rat der Stadt durchgesetzt, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zukünftig Unternehmen, die verstärkt Langzeitarbeitslose beschäftigen, über Bedarf Auszubildende einstellen, Frauenförderpläne im Unternehmen entwickeln oder über Bedarf Schwerbehinderte beschäftigen, durch ein Punktesystem bevorzugt öffentliche Aufträge erhalten. Ein entsprechendes Vergabekonzept wird z. Zt. durch die Verwaltung erarbeitet.

Außerdem nehmen wir über unsere Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene Einfluss auf die zukünftige Gestaltung von Gesetzen und Verordnungen, um das Leben von Armut betroffener Menschen zu verbessern.

Wir wollen die Teilhabe an Kultur für alle ermöglichen. Es ist uns daher ein besonderes Anliegen, den von Armut betroffenen Menschen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Der KAOS e.V. (Kultur für Alle Osnabrück) bietet seit dem Jahr 2012 mit seinem KUKUK die Möglichkeit an, für einen geringen Beitrag Kulturveranstaltungen wie Theater, Konzerte und Kabarett zu besuchen.

Im Jahr 2016 haben wir mit einem gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90 / die Grünen die Teilnahme am KUKUK auch für Menschen aus dem Landkreis Osnabrück erweitert. Diese und zukünftige Maßnahmen finden die Unterstützung der SPD Fraktion.

Schon jetzt bieten die Mitarbeiter des Seniorenbüros, zukünftig auch die Mitarbeiter des Pflegestützpunktes sowie die ehrenamtlichen Mitglieder des Seniorenbeirats Informatio-

nen und Hilfestellung für ältere Menschen an, gerade auch die in Not, unter anderem bei der Beantragung unterschiedlicher Hilfen.

Gegen Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit ist in erster Linie die Bundespolitik gefordert. Die dort bisher beschlossenen Reformen (so z. B. die Einführung des Mindestlohns oder Programme zur beruflichen und sozialen Integration) reichen nicht aus, sodass die Kommunen auch hier ihre wenigen Möglichkeiten ausschöpfen müssen. Hierbei ist Transparenz wichtig, die unter anderem über Arbeitskreise, Runde Tische usw. erfolgt, um Ziele und Forderungen an die Politik heran zu tragen.

Wir unterstützen als SPD Ratsfraktion die Bemühungen der SPD Landtags- und Bundestagsfraktion ein wirksames Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit aufzulegen. Dazu hatte auf Initiative der SPD Landtagsfraktion das Land in den letzten Jahren jährlich 10 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten. Auch das im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU auf Bundesebene vereinbarte Programm um etwa 150.000 Langzeitarbeitslose in sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Regelarbeitsverhältnisse zu bringen wird von uns uneingeschränkt als Schritt in die richtige Richtung unterstützt.

Wir haben soweit wie möglich versucht aufzuzeigen, was die Stadt und die Politik zur Verbesserung der Armutssituation tun kann, wobei noch Zahlreiches zu tun ist, was auch nicht aufgezeigt ist. Wir sind daher dankbar, wenn in diesem Sinne zukünftig weiterhin ein reger Austausch stattfindet.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Henning

Frank Henning, MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender